

Vienna Working Papers in Legal Theory, Political Philosophy, and
Applied Ethics, No. 13

(Edited by Nikolaus Forgó & Alexander Somek)

Christian Hiebaum

**Politisierung und die Politik ihrer
Institutionalisierung**

Wien 1999

<http://www.univie.ac.at/juridicum/forschung/wp13.pdf>

In einem kürzlich erschienenen Aufsatz geht Oliver Marchart der Frage nach, ob es eine „Politik des Politischen“ geben könne, wie es manche poststrukturalistisch inspirierten, identitäts skeptischen und auf Kontingenz insistierenden AutorInnen bisweilen andeuten (Marchart 1998). Um es gleich vorwegzunehmen, seine Antwort lautet letzten Endes: Nein, eine solche wäre keine Politik, sondern allenfalls eine Ethik. Ich möchte Marcharts Problem zum Anlaß nehmen, einige weitere begriffliche Fragen im Zusammenhang mit Politik und Demokratie zu erörtern. Zuvor müßten wir aber einmal die, wie Marchart selbst einräumt, etwas seltsam anmutende Ausgangsfrage verstehen, genauer: was es mit der Differenz zwischen der Politik und dem Politischen auf sich hat. Daß alles *irgendwie* politisch ist, das ist heute schon ein veritabler Gemeinplatz, aber ist deswegen schon jede Aktivität schon (in gleichem Maße) Politik? Was bedeutet also unter Bedingungen einer dezentrierten Weltgesellschaft Politisierung, und handelt es sich hierbei um einen Kommunikationsmodus, der sich überall auf Dauer stellen läßt? Die folgenden Ausführungen jedenfalls richten sich nicht nur gegen reduktionistische, allenfalls noch mit der Unterscheidung Staat/Zivilgesellschaft operierenden Beschreibungen von Politik als kollektive Entscheidungsfindung, sondern auch gegen eine generalisierende Gleichsetzung des Begriffs mit „Strategie“.

Wie Marchart es (im Anschluß an Ernesto Laclau) versteht, und das soll auch unsere Prämisse sein, ist das Politische eine sozialontologische Kategorie. Es bezeichnet jene radikale Kontingenz, deren Verdrängung mit der Emergenz gesellschaftlicher Ordnung gleichgesetzt werden kann und die dann – domestiziert – im demokratischen politischen System als „Gestaltbarkeit“ des Sozialen präsent gehalten wird.¹ Um nun den Brückenschlag zur Theorie der modernen, weit ausdifferenzierten Gesellschaft zu erleichtern, partikularisieren wir das Politische zwar nicht, wie das vor allem Soziologen gerne tun, indem sie es als ein distinktes soziales Feld betrachten; aber wir splitten es und

Für kritische Kommentare zu früheren Fassungen dieses Aufsatzes dankt der Verfasser Peter Koller und Peter Strasser.

1. Siehe Laclau (1990, 160): „(T)he political is not an internal moment of the social but, on the contrary, that which shows the impossibility of establishing the social as an objective order.“ Die Einrichtung des Sozialen begreift Laclau als „sedimentation of the political“.

meinen damit einen Mangel, der jedem im weiteren Sinne sozialen System (Diskurs, Sprachspiel) inhärent ist. Aufgespannt wird so ein Horizont durch einen sogenannten „leeren Signifikanten“.² Man denke nur an „Menschenrechte“ oder „Wissenschaft“. Beim „leeren Signifikanten“ handelt es sich um einen Begriff, der keine andere Funktion hat, als das System zu bezeichnen. Er zeigt die Grenze des Systems an und bindet Elemente zu einem Diskurs zusammen. Völlig frei flottierend, ohne „Äquivalenzbeziehung“ zu mindestens einem derartigen Begriff, könnten diese nichts bedeuten. Das Politische meint dabei jenen (Ab-)Grund so eines Systems, der immer nur nachträglich erscheint, nämlich dann, wenn das System eine Erschütterung seiner differentiellen Identität erfährt. Jedes System konstituiert sich über die Unterscheidung von seiner Umwelt. Und dementsprechend wird das System auch immer auf Veränderungen der Umwelt reagieren. Schließlich verdankt es seine Reproduktion Entscheidungen von Individuen, die auch noch andere Rollen zu spielen haben. Individuen tragen auf diese Weise immer schon Umwelten in die Systeme hinein. Die Reproduktion eines Systems erweist sich somit als Sequenz von kleinen Diskontinuitäten. Doch bei der Erschütterung seiner Identität geht es um eine radikalere Differenz. Es tut sich jene unüberbrückbare Kluft auf, die die einzelnen Signifikanten vom systembezeichnenden Signifikanten trennt³ und sonst mit einem partikularen Anderen des Systems („Fundamentalisten“, „Ausländer“, „Obskurantisten“ etc.) verstellt ist.

Als Ursprung und Grenze von Systemazität kann das Politische nicht zur Disposition stehen. Vielmehr ist es die Bedingung der Möglichkeit von Politik, darin stimmen wir mit Marchart überein. Doch wir gehen einen Schritt weiter in Richtung Gesellschaftstheorie (systemischen Zuschnitts) und kopieren die Unterscheidung zwischen dem in der ontologischen Liga spielenden Politischen und der Politik als einer im Ontischen angesiedelten Praxis der *Symbolisierung des Politischen* in die empirische Wirklichkeit hinein, und zwar in Form der

2. Den aus der Semiotik stammenden Begriff des leeren Signifikanten hat Ernesto Laclau für die politische Theorie fruchtbar gemacht.

3. So ist die Aufzählung der Menschenrechte niemals vollständig. So weiß man nie, welche Spekulation morgen schon als wissenschaftliche Theorie anerkannt wird. Und ebensowenig absehbar ist, welches heute noch profane Alltagsphänomen morgen als „Teil der österreichischen Identität“ mit Zähnen und Klauen gegen die „Brüsseler Bürokratie“ verteidigt wird.

Unterscheidung von ordentlicher Politik und außerordentlicher Politik. Zweitere meint als Politik der Politisierungsbedingungen aber nichts anderes als das, was gemeinhin unter dem Titel „Demokratiepolitik“ firmiert. Daran schließt sich die schlichte These an, daß sich letztere im Gegensatz zu ersterer auf *politische* Systeme beschränken muß, ja, insofern in diesen Systemen tatsächlich vorwiegend politisch kommuniziert wird, immer schon stattgefunden hat.

1. Politik

Wir haben eingangs bereits darauf hingewiesen, daß die Politizität alles Gesellschaftlichen noch nicht aus jeder Handlung/Kommunikation Politik macht. Das Politische bezeichnet aus der Perspektive der Empirie ein systemisches *Potential*, das im politischen Konflikt aktualisiert wird. Zwar mag es bei keiner noch so alltäglichen Aktivität ohne Konsequenzen für die Konstitution des Sozialen abgehen, doch zeichnet sich die Politik durch eine besondere Form aus. Es ist die schlechthinnige Schwäche zahlreicher Theorien der Politik, nicht zu erklären, was politisches Handeln/Kommunizieren, welches immer ein *ideologisches* ist, vor allem von ökonomischem sowie der bloßen Umsetzung von *Ideen* unterscheidet. Während etwa sogenannte realistische Theorien der internationalen Politik dazu neigen, diese auf einen Kampf weitgehend kohärenter und rational Eigeninteressen verfolgender Akteure um diverse Ressourcen zu reduzieren, und damit eher ökonomische Theorien sind⁴, kommt in der liberalen und in der republikanisch-kommunitären Tradition das Normative zwar stärker auf seine Kosten – der Politikbegriff bleibt aber dennoch weitgehend konventionell: es gehe „einfach“ um das „Gemeinwohl“. Dabei treffen sich diese Ansätze mit der sich dem Begriff der Politik von der Funktion her nähernden Systemtheorie. Man beschränkt sich auf das „politische System“, das kollektiv bindende Entscheidungen produziert. Politik ist demnach eben das, was sich dort üblicherweise abspielt.

Freilich haben die eben genannten Theoriestränge einiges an Wirklichkeit auf ihrer Seite. Ihre scheinbare Bestätigung finden sie sogar noch in den unauffälligen, nichtsdestoweniger mittlerweile zentralen rhetorischen Motiven des „Arbeitens (für unser Land)“ und der „Kun-

4. Bezeichnenderweise werden im angelsächsischen Raum die „international relations studies“ nicht selten von der „political theory“ unterschieden.

denfreundlichkeit“ suggerierenden „Bürgernähe“, um nur zwei zu nennen. Das Volk wird als „Zivilgesellschaft“ (sei diese nun eine Ansammlung vorwiegend eigeninteressierter Einzelmenschen, ein Netzwerk nichtstaatlicher Organisationen oder eine ganze an seiner Selbstorganisation interessierte Bürgerschaft) permanent präsent gedacht. Die Meinungsforschung hält über seine Bedürfnisse auf dem laufenden, und „die Politik“ trifft die entsprechenden Vorkehrungen zu deren Befriedigung. Der ideologische Streithandel wird dabei, wenn er nicht gerade zum gemeinschaftlichen Dialog verklärt wird, zusehends an Administrationskonflikte assimiliert, und Fragen der „Effizienz“ und „Personalpolitik“ rücken in den Vordergrund.⁵

Das politische Subjekt und seine Strategie

Wie berechtigt die allgemeinere, heute vor allem mit dem Namen Derridas in Verbindung gebrachte Kritik an der abendländischen „Metaphysik der Präsenz“ auch immer war/ist, vielleicht könnte man sie für eine adäquate Erfassung auch unseres Problems fruchtbar machen. Hier geht es jedoch nicht um die Präsenz von Sinn und Bedeutung im allgemeinen, sondern um die des Volkes als eines mit sich identischen Subjekts – nicht unbedingt als eines organisatorisch konzipierten Kollektivs, die Vorstellung eines Aggregats von Einzelmenschen bzw. von Gruppen, die diese Einzelmenschen gewöhnlich bilden, erfüllt denselben Zweck. Das Volk⁶ ist aber niemals als solches, auch nicht als irgendein Aggregat, anwesend. Es kommt nur in einer besonderen Form der Geteiltheit vor: als Ganzes und als Teil, der sich, damit in die Sichtbarkeit eintretend, mit dem Ganzen gleichsetzt. Die Existenz des Volkes ist an einen Streithandel gebunden, dessen Politizität sich einem Subjekt verdankt, das seinerseits nicht einfach da ist, sondern, wenn man so will, in einem Akt der Autopoiesis erscheint, als Symptom des Fehlgehens eines Systems.

Was bedeutet das? Nehmen wir als Kontrastmittel eine Partei in einem Rechtsstreit (und lassen wir einmal das politische System außer

5. Man erinnere sich nur an die obsessive massenmediale Beschäftigung mit den Vorgängen um die Bestellung des bzw. der Präsidenten der Europäischen Zentralbank, eine Frage von vergleichsweise marginaler Bedeutung für die Geld-, Wirtschafts- und damit auch Sozialpolitik und deren Rückbindung an den öffentlichen Diskurs.

6. Wenn man nur von der Politisierung einzelner Systeme spricht, zu der es nicht eindeutig *in* den Systemen kommt, vielleicht besser: deren Publikum.

Betracht). Was die Rechtspartei von einer politischen Partei⁷ unterscheidet, ist die tatbestandsmäßige Festgelegtheit ihrer Konstitutionsbedingungen. Wer kann Partei sein? Wer kann für sich selbst sprechen, wer braucht einen anderen dafür? Wem kann überhaupt ein Unrecht widerfahren? Wer kann das behauptete Unrecht geltend machen? Wer kann das behauptete Unrecht begehen? Wer kann es auf eine Weise begehen, daß er dafür haftet? Worum es also geht, ist die Identifikation mit einer vorweg mehr oder weniger genau bestimmten Subjektposition (als aktiv klagslegitimierter Kläger oder passiv klagslegitimierter Beklagter) bzw. die Frage, ob diese Identifikation zu Recht erfolgte. Die Entscheidung derartiger Fragen gehört typischerweise zu den Funktionen des Rechtssystems. Der Konflikt bleibt als ein vom System antizipierter zunächst völlig unpolitisch, die Parteien streiten typischerweise nicht um die Repräsentation des Systems. Jede will nur „ihr Recht“, also das, was ihr zusteht, was das aktuelle System für sie vorgesehen hat. Das jeweils geltende Schadenersatzrecht als solches fechten sie ebensowenig an wie das Institut der Ehe.

Anders als das Subjekt im Rechtsstreit schafft sich das politische Subjekt seine Position selbst und redefiniert damit das System. Es *fragt* nicht einfach das Gesetz, ob es sich legitimiert fühlen darf, und es überläßt diese Entscheidung nicht einem neutralen Richter. Soviel zum Begrifflichen. Daß es sich beim juristischen Streitfall auch in der Wirklichkeit lediglich um etwas handelt, was „als Beziehung von zwei bestimmten Parteien objektivierbar und durch sachadäquate rechtliche Verfahren regelbar ist“ (Rancière 1997a, 75), braucht man aber deswegen nicht anzunehmen. In dieser Reinheit ist er wohl nicht zu haben. Die Politizität des Rechtssystems manifestiert sich für gewöhnlich auch im Routinebetrieb - unauffällig, aber nichtsdestoweniger unweigerlich: Wir haben oben das Politische als Moment der Kontingenz und Grundlosigkeit eines Systems von Differenzen definiert. Diese Grundlosigkeit macht sich auch *im* System bemerkbar, und zwar als Spannung von Differenz und Äquivalenz⁸, mithin als „unresolvable indeterminacy“ (George Spencer Brown). Da es dem System nicht

7. Natürlich nicht im Sinne des Parteiengesetzes.

8. „Äquivalenz“ steht für nichts anderes als den systemischen Zusammenhang der unterschiedlichen Teile, in denen sich das Ganze eines Systems aktualisiert. Wir unterscheiden hier etwas salopp (noch) nicht zwischen Zeichen- und Kommunikationssystemen.

gelingt, sich vollständig zu konstituieren, ist es ihm auch nicht möglich, die Differenzen, die es ausmachen, endgültig zu fixieren. Es bleibt für immer ein Schauplatz semantischer Kämpfe. Damit soll natürlich nicht behauptet werden, daß Rechtssätze jederzeit alles und nichts bedeuten, sondern nur, daß keine Bedeutung irgendwo eine letzte Stütze (etwa im Wortlaut oder in der Konvention) findet, sondern ihre Stabilität der Wiederholung des Zeichens in als gleich oder wenigstens ähnlich perzipierten Kontexten verdankt.⁹ Doch auch für jene Ketten (systemische Zusammenhänge), in die Rechtsbegriffe eingegliedert sind, gilt, was Laclau (1997, 73 f.) über Äquivalenzketten im allgemeinen sagt: „Eine Äquivalenzkette kann sich zwar im Prinzip unendlich ausdehnen, ist aber einmal ein Kern von Grundgliedern festgelegt, schränkt das sogar diese Ausweitung ein. Einige neue Glieder wären mit den Partikularitätsresten, die bereits Teil der Kette sind, einfach unvereinbar. (...) Das heißt nicht, daß der Partikularitätsrest (...) immer derselbe bleiben muß (...), das Maßgebliche aber ist, daß die Deformation nicht ungehindert stattfindet. Es gibt einen Bedeutungswiderstand (...).“ Daß im Recht Bedeutungswiderstände auch halbwegs verlässlich erlebt werden, dafür sorgt die wenigstens für seine Funktionäre hochgradig organisierte Sozialisation in das juristische Sprachspiel.

Schon im „ordentlichen Geschäftsbetrieb“ des Rechts kommen also nicht-isolierbare Spurenelemente von Politik vor. In dem Maße, wie ihre Legitimation nicht evident, soll heißen: im System anerkannt ist¹⁰,

9. Durch Wiederholungen werden natürlich auch Machtstrukturen gefestigt. Wiederholen ist demnach nie nur harmloses, nicht zu verantwortendes Zitieren eines vorgegebenen, mit sich identischen Diskurses, sondern leistet auch noch ein Beitrag zur Konsolidierung dessen, was als Außersprachliches die Sprache bzw. als Gewalt das Recht durchzieht. Auf diese Weise entsteht Vertrautheit/Lebenswelt. Als Beleg für die alltagspolitische Relevanz derartig abstrakter Fragen, beispielsweise für die Debatte um „hate speech“, Zensur etc., siehe im übrigen nur Butler (1998) und Salecl (1996); wobei letztere eher den Aspekt der Diskontinuität zwischen den Bezeichnungen und somit die Verantwortung des Subjekts und erstere in nietzscheanischer Tradition eher die Positionierung desselben in einem überindividuellen, vorgegebenen symbolischen Feld, also den Aspekt der Zithaftigkeit unterstreicht. (Daß Wiederholen auch zu Bedeutungsentleerungen führen und damit subversive Effekte zeitigen kann, sei hier keineswegs bestritten. Nicht selten handelt es sich dabei um – durchaus riskante - Umwertungsstrategien marginalisierter Gruppen.)

10. Man denke z.B. an einen Rechtsbesitzer (etwa einen Mieter oder Leasingnehmer), der Schadenersatzansprüche gegen Dritte geltend macht, obwohl solche bis zu diesem Zeitpunkt nur dem Eigentümer zugebilligt wurden.

wird die Rechtspartei sie konstruieren müssen, und insoweit sie das tut, agiert sie politisch.¹¹ Wenn das Subjekt den *Rechtsgrund* für seine Klage erst konstruieren muß und damit die Kohärenz des Systems zur Diskussion stellt, geht es nicht mehr ausschließlich um seine konkreten Interessen, sondern um eine neue Position, die dann auch von anderen in Anspruch genommen werden kann.

Im politischen Konflikt tritt dieser Mangel an Determination nun in den Vordergrund. So sieht Rancière, und damit kommen wir auf den Begriff der autopoietischen Konstituierung zurück, sieht das Wesen des politischen Streithandels darin, daß seine Akteure „nicht vor der Erklärung des Unrechten existieren. Das Proletariat existiert als Teil der Gesellschaft nicht vor dem Unrecht, das von seinem Namen ausgedrückt wird“ (1997a, 75). Die Benennung dieses Unrechts *setzt* das ausgebeutete Proletariat als Subjekt – nämlich indem sie es *voraussetzt*. Das Proletariat ist gleichursprünglich mit dem zur Sprache-bringen seiner Ausbeutung. Indem sich, so Rancières Gedanke, die Ausgebeuteten selbst als solche identifizieren, bringen sie sich als politische Kraft zur Welt. (Geburtshilfe durch andere, wie die frühen sozialistischen Theoretiker, ist dabei keineswegs ausgeschlossen.) Und insofern es sich bei der Ausbeutung um eine Funktionsbedingung des Systems handelt und nicht bloß um einen zufälligen Defekt, eine Böswilligkeit einzelner Arbeitgeber, thematisieren sie damit das System als Ganzes. „Autopoiesis“ bezieht sich auf den Umstand, daß für die politische Partei im System kein Platz reserviert ist. Subjekte, die sich nicht bloß als Opfer eigenen Unvermögens oder einzelner widriger Umstände begreifen, finden im aktuellen System keine ausreichende Legitimation für ihren Kampf. Das Unrecht, von dem hier die Rede ist, meint also nicht eine beliebige partikulare Ungerechtigkeit gegenüber einem präexistenten Subjekt, sondern die dem System inhärente Gewalt, die wiederum der Gewalt des Staates einen Daseinsgrund verschafft. Es geht um die notwendige Selbstverfehlung des Systems: die Differenz zwischen dem für Universalität stehenden, systembezeichnenden „leeren Signifikanten“ und seinen partikularen Inkarnationen/Re-

11. Der denkbar kleinste politische Beitrag ist natürlich das bloße Zitieren einer sich so erst reproduzierenden hegemonialen Tradition. Stäheli (1998, 63) spricht mit Blick auf die Systemtheorie von einem alltäglichen *Aufblitzen* der „Endlichkeit des Systems in seinen Lücken“. Allerdings wird man dieses Aufblitzen letzten Endes dann doch eher im Moment des gerichtlichen *Entscheidens* lokalisieren. Siehe dazu auch Derrida (1991, 46-59).

präsentationen. Für das Recht wird diese Unangemessenheit nicht zuletzt von so gebräuchlichen Tautologien wie „Gesetz ist Gesetz“ zum Ausdruck gebracht.¹²

Was tut also das Subjekt, wenn es ein politisches wird?¹³ Es verläßt seinen angestammten Platz und setzt sich (mit neuen Signifikationsvorschlägen im Gepäck) mit etwas für es Transzendentelem gleich. Wieder am Beispiel der Arbeiterbewegung: „The socialist argument was not just that most people were ‚workers by hand or brain‘ but that the workers were the necessary historic agency for changing society. So whoever you were, if you wanted the future, you would have to go with the workers‘ movement“ (Hobsbawm 1996, 43). Politik kann also jede Strategie einer Partikularität genannt werden, die auf die Besetzung eines leeren Signifikanten¹⁴ abzielt. Wichtig dabei ist, daß besagte Partikularität als *politisches* Subjekt nur in der Selbstermächtigung existiert, den Status der Partikularität zu verlassen und sich das System gemein zu machen. Im übrigen ist es genau diese sich in den Inkarnationsaspirationen vollziehende Selbstüberschreitung, die aus bloßen Ideen und Ideensystemen Ideologien macht (Laclau 1997, 52). So konnte beispielsweise der „Feminismus als eine Bewegung des Kampfes gegen Frauenunterdrückung nicht zum Vorschein kommen“, bevor nicht der demokratische Diskurs der Freiheit und Gleichheit angestimmt wurde (Laclau/Mouffe 1991, 213 f.).

Man sieht, im Vergleich zur Frauenbewegung und zum Proletariat, deren „Existenz selbst die Äußerungsweise dieses Unrechten“ ist (Rancière 1997a, 75), bringt der Rechtsbesitzer, der zum ersten Mal eine im Rechtswidrigkeitszusammenhang stehende Schädigung und somit eine Aktivlegitimation für bestimmte Schadenersatzklagen behauptet, nur sehr wenig Politik ins Spiel. Es geht schließlich nur um einen Aspekt seiner Identität. Der Rechtsbesitzer als Subjektposition ist schon vor dem „Unrecht“ da, das ihm das System widerfahren läßt, und er bleibt Rechtsbesitzer, wenn er mit seiner Klage erfolgreich war

12. Vgl. Žižek (1994, 45): „Man kann die verborgene Dimension der Gewalt schon hinsichtlich des alltäglichen, ‚spontanen‘ Verständnisses des Satzes ‚Gesetz ist Gesetz‘ ausmachen – wird diese Phrase nicht in der Regel genau dann evoziert, wenn man sich dem ‚unfairen‘, ‚unverständlichen‘ Zwang gegenübersteht, der dem Gesetz zugehört?“

13. Wir fragen nicht: Was tut das System? Denn: Je mehr Politik, desto weniger Systematizität (wenn es nicht gerade um das politische System selbst geht).

14. Rancière spricht von „Usurpation“.

und das „Unrecht“ sich nun ein neues „Opfer“¹⁵ ausgesucht/geschaffen hat. Politik fungiert demnach - im Rechtssystem genauso wie in anderen Systemen - für gewöhnlich bloß als *Supplement* im Derridaschen Sinne, sie verunreinigt und unterminiert und ermöglicht gerade so die Reproduktion des Systems. Sie wird immer dann notwendig, wenn sich die paradoxe, die einschlägige Rationalität sprengende Begründung des Systems bemerkbar macht, und sei es nur in der abgeschwächten Form von Prinzipienkollisionen. Sie ist die Entscheidung für die eine Form der Paradoxieentfaltung und nicht die andere.¹⁶ Im System hingegen spricht man gerne von *Rechtserkenntnis*. Alles gilt im wesentlichen als bereits entschieden. Entscheidungen sollen weniger getroffen als *gefunden* werden. Auch in der Rechtstheorie gehörte die Unterscheidung von Rechtsetzung und Rechtsanwendung lange Zeit zum Standardrepertoire.¹⁷

Hier ist jedoch anzumerken, daß gerade die rechtliche Kommunikation der politischen a limine noch sehr ähnlich sieht, zumal sie ebenfalls oft als Streit um die Besetzung mehr oder weniger unbestimmter Begriffe vorkommt; „Verunreinigungen“ fallen dabei, gerade weil sie so offensichtlich sind, nicht so leicht auf. Nicht selten integriert das Recht selbst (und zwar explizit) andere Diskurse, insbesondere wenn „Interessens“- oder „Güterabwägungen“ vorgenommen werden oder es von konditionaler auf finale Programmierung umgestellt wird.¹⁸ Hinzu kommt, daß größere argumentations- und interpretationstechnische Neuerungen dogmatisch und rechtstheoretisch vorbereitet werden können. Sie brechen selten in ein völlig unvorbereitetes System. Die Bedingungen systemischer Kommunikation ändern sich, aber Diskontinuitäten bleiben weitgehend unsichtbar oder werden als

15. Nicht jeder kann jederzeit alle Rechte haben.

16. Siehe dazu Stäheli (1998), insbesondere S. 61, wo der Autor auf die Unterschlagung der Notwendigkeit von Politik in Luhmanns Rechtstheorie hinweist: „Gewiß, Luhmann beschreibt sowohl theoretisch wie auch anhand materialreicher Studien die Veränderung von Entparadoxierungstechniken des Rechtssystems und den Austausch von Unterscheidungen. Dennoch bleibt gerade der Moment, in dem die Entscheidung für die eine Unterscheidung (und nicht die andere) fällt, unthematisiert.“

17. Vieles von dem, was hier im Zusammenhang mit der Politizität des Rechtssystems bestenfalls angerissen wurde, findet sich subtil ausgearbeitet bei Somek/Forgó (1996).

18. Diese Integration fremder Diskurse findet nicht zuletzt auch im Rahmen der Rechtstheorie statt, wo heute politische, ökonomische und moralische Ansätze gegeneinander antreten (siehe Teubner 1996).

Vertiefung juristischer Einsicht ausgegeben. Andererseits wird „echte“ Politisierung auch dadurch vermieden, daß das Recht selbst schon auf die Politik verweist und entsprechende Verfahren für seine Erzeugung vorgesehen hat.

Die bisherigen Ausführungen waren gekennzeichnet von dem Bemühen, Hegemonietheorie und Systemtheorie unter einen Hut zu bringen. Doch spätestens jetzt beginnen die beiden Theorietraditionen, sich aneinander zu reiben. Die Systembegriffe gehen auseinander. Erstere hat eher Zeichen- oder Normensysteme im Blick und insistiert auf deren Offenheit, zweite „rekursiv geschlossene“ Kommunikationssysteme. Die „Codes“ der Systemtheorie, die Stäheli (1996) als Äquivalent zu den „leeren Signifikanten“ der Diskurstheorie auffaßt, werden aber kaum politische Besetzungskämpfe organisieren. Schon die Rede von der „Besetzung“ will im Zusammenhang mit binären Codes nicht so recht passen. Deshalb betrachten wir nicht die Codes von Kommunikationssystemen als leere Signifikanten, sondern die in den *Programmen* ausbuchstabierte Namen der Systeme als solche. Zumal Codes zwar notwendig sind, aber nicht ausreichen, um die Grenzen eines Kommunikationssystems eindeutig zu bestimmen. Es braucht immer noch Programme (etwa Normenmaterial und Rechtstheorien). Programme entscheiden nicht nur über die Zuordnung von Codewerten, sondern auch über eine präzisere Begrenzung des Systems.¹⁹ Wo genau wird nicht mehr systemspezifisch kommuniziert, wo soll die Umwelt beginnen? Nicht jede am Code Recht/Unrecht orientierte Kommunikation ist schon eine rechtliche, und nicht jede am Code wahr/unwahr orientierte Wissenschaft. Politische Konflikte entzünden sich nur an jenen Programmen, die im System (wenn auch unreflektiert) eine exponierte Stellung einnehmen. Wenn von einer Politisierung der Wirtschaft die Rede ist, dann geht es also nicht bloß um die Alltäglichkeit einer Entstehung von Unbestimmtheit hinsichtlich dessen, was rentabel ist; vielmehr geht es darum, daß das als wirtschaftlich ausgezeichnete Kalkulieren selbst an seine Grenzen stößt. Die Sprache, die in so einem Fall plötzlich gesprochen wird, ist nicht mehr eindeutig zuzuordnen. Um von einer

19. Stäheli (1996) betont auch die Abhängigkeit der Codes selbst (und nicht nur deren Anwendung) von den Programmen, die insofern als „gefährliche Supplemente“ fungieren, auch wenn man sich nur schwer vorstellen kann, daß es im Recht jemals um etwas anderes als um Recht und Unrecht gehen könnte.

Politisierung der „wirklichen“ Wirtschaft sprechen zu können, ist es allerdings notwendig, daß das Gegenüber des politischen Subjekts eine ökonomisch definierte Position einnimmt, also nicht einfach eine im politischen oder rechtlichen System eingerichtete Größe ist.²⁰

Freilich gestaltet sich eine Politisierung von Systemen wie der Wirtschaft, deren Gewalt in ihren Exklusionseffekten liegt (Baecker 1996, 96)²¹, gemessen an dem, was man sich davon versprechen kann, oft äußerst aufwendig. Doch auch die Wirtschaft ist nicht gänzlich vor Politisierung gefeit. Politisierung ist die Erscheinungsform von Demokratie, und deren Logik ist weniger eine der Sphärenseparierung als vielmehr eine, die, wie Jacques Rancière (1997a, 106) es ausdrückt, gerade darauf abzielt, „das zusammensehen zu lassen, was als getrennt auftritt und was nicht zusammengesehen werden soll“. Das läßt sich vielleicht übersetzen mit: ein System mit seiner Umwelt auf eine vom System nicht vorgesehene Weise ins Verhältnis zu setzen. Wenn also die Frage auftaucht, woher die diskursiven Ressourcen zur Neubesetzung eines leeren Signifikanten eigentlich kommen, so lautet die Antwort: aus der Umwelt des Systems natürlich. Die Umwelt tritt wieder in das System ein, diesmal aber nicht, wie im systemischen „Normalzustand“, mehr oder weniger zu den gerade aktuellen Bedingungen des Systems. Denn diese stehen nun zur Debatte. Dem System wird gewissermaßen seine politische Instituierung in Erinnerung gerufen, nicht indem man wieder auf das Freiheits- und Gleichheitsverständnis zurückgreift, wie es in den ersten, für die Entwicklung des Kapitalismus essentiellen Grundrechtskatalogen zum Ausdruck kommt, sondern typischerweise dadurch, daß man den Akt der Be-

20. Das, was von Linken gemeinhin als Repolitisierung der Ökonomie gefordert wird, wäre so betrachtet keine Politisierung der Wirtschaft, sondern eine des etablierten wirtschaftspolitischen Diskurses. Es ist der Begriff der Wirtschaft und ihres Funktionierens, *wie er im politischen System kursiert*, dessen Redefinition (weg vom sakralisierten Markt) man für angezeigt hält. Die Wirtschaft selbst gerät dadurch aber nicht in einen Zustand der Politisiertheit. Sie sieht, daß sich in ihrer Umwelt etwas tut, und stellt ihre Programme um und mehr Frauen ein - oder auch nicht.

21. Und die nicht als solche, sondern, wenn man so will, nur als singuläre Kündigungs- oder Investitionsentscheidung für das System sichtbar ist. Diese mag sich, wenn sie überhaupt als Entscheidung und nicht bloß als unvermeidbarer Vollzug betriebswirtschaftlicher Gesetze wahrgenommen wird, ökonomisch ausreichend begründen lassen. Die Themen Massenarbeitslosigkeit, Verelendung ganzer Regionen oder Kinderarbeit dagegen stehen gewöhnlich nicht auf der Tagesordnung der Unternehmen. Oder besser: Sie tun das nur als investitionsrelevante Umweltfaktoren.

stimmung von Freiheit und Gleichheit noch einmal vornimmt.²² Wo man „ökonomische Kommunikation“ erwartet, werden auf einmal völlig „unvernünftige“, in die Sprache der Moral gekleidete, der ökonomischen Position der einzelnen unangemessene Forderungen erhoben, die sich nicht einmal mit dem seinerseits von Recht und Moral geborgten Rekurs auf „Privatautonomie“ und die „Freiheit des Marktes“ abblocken lassen.²³ (Häufiger als eine Politisierung der Wirtschaft selbst wird jedoch ihre Instrumentalisierung vorkommen, die ökonomische Forcierung einer „Unterbrechung“ anderer Terrains: die finanzielle Förderung irgendwelcher politischer Initiativen durch Unternehmen; Streiks, um eine Regierung zu stürzen; Boykotte gegen Produkte aus bestimmten Ländern etc.)

Um die vage Abgrenzung zwischen Politik als Praxis der Unterbrechung und systemischen Praktiken der *Reproduktion/Rekonstitution* noch an zwei weiteren Beispielen zu veranschaulichen, nehmen wir die Wissenschaft und die Kunst. Auch hier wird im ordentlichen Geschäftsbetrieb naturgemäß nicht Politik in einem nennenswerten Sinn betrieben - nicht einmal dann, wenn das System und seine Grenzen zur Umwelt im System selbst thematisiert werden, wie das z.B. durch die verschiedenen Spielarten der Wissenschaftstheorie geschieht. (Po-

22. Vgl. etwa Rancière (1997a, 107): „Demokratie ist ein Vorgehen, das die Logik getrennter Welten verwirrt, um polemisch das gemeinsam zu setzen, was von ihnen getrennt wurde, z.B. die Erklärung der Menschenrechte und einen Fall der Regelung von Arbeitsbedingungen.“ Man denke in diesem Zusammenhang nur an jene Initiativen wie die „Clean Clothes Campaign“, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Menschenrechtsdiskurs auf das privatwirtschaftliche Arbeitsleben auszudehnen und große Unternehmen der Bekleidungsindustrie wie Nike, Levi Strauss, H&M, Adidas etc. zur Annahme einer Sozialcharta für ihre Belegschaften (vor allem Frauen und Kinder) zu veranlassen (siehe Der Standard vom 3./4.10.98, 2). William Connolly paraphrasierend könnte man vielleicht sagen, es gehe dabei um eine Neubestimmung der „terms of economic discourse“.

23. Freilich wird das, was bisher nicht in der Wirtschaft kommuniziert wurde, nötigenfalls sehr schnell eingemeindet. Moral kann über den Wert des „good will“ verhältnismäßig leicht in den ökonomischen Diskurs übersetzt werden. Luhmann (1993, 431) spricht überhaupt von der durchaus üblichen Infektion von Funktionssystemen mit den Bakterien der Moral. Tiefgreifende, vor allem: flächendeckende Veränderung führt man auf diese Weise aber kaum herbei. Will man größere Bäume ausreißen, bedient man sich besser anderer Mittel. Dem, der etwas von der Wirtschaft will, was in ihr aktuell nicht vorgesehen ist, empfiehlt sich nach wie vor eher das Recht als Transportmedium für Anliegen - im systemtheoretischen Idiom: die Ausnützung der strukturellen Koppelung an das Recht. Dann befindet man sich aber nicht an den inneren Grenzen des ökonomischen Systems, sondern im politischen System.

litik findet wieder nur „unterschwellig“ statt, indem man sich weiter an Routinen orientiert, die sich nicht selbst erklären, oder diese Schritt für Schritt modifiziert.) Doch sobald die Auseinandersetzung um den Begriff der Wissenschaft, wie ihn die jeweils geltenden Programme definieren, das hierfür spezialisierte Subsystem verläßt, haben wir es mit einer Politisierung zu tun. Das wiederum ist typischerweise dann der Fall, wenn eine legislative, administrative oder justizielle Entscheidung über die Aufnahme von Theorien in Lehrpläne oder die Vergabe von Förderungsmitteln ansteht. Ein schönes Beispiel dafür bietet der (zunächst wenigstens rechtlich vom amerikanischen Supreme Court entschiedene) Konflikt um die Wissenschaftlichkeit von Kreationismus und Evolutionismus. Eine finanzwissenschaftliche Debatte über alternative Besteuerungskonzepte dagegen politisiert die Wissenschaft kaum, wenngleich die einzelnen Positionen politisch außerordentlich befruchtend wirken können; zur Politisierung der Finanzwissenschaft selbst kommt es eben erst, wenn die Wissenschaftlichkeit von Positionen auf dem Spiel steht. Und dazu bedarf es eines deutlichen Ausschlerens aus den tradierten Paradigmen, deren Reproduktion für diesen speziellen Bereich die Wissenschaftlichkeit der Arbeit verbürgt. Eine Politisierung, die über den supplementären „Grundbestand“ an Politik hinausführt, stellen auch feministische Anfechtungen etablierter Wissenschaftsbegriffe dar - das allerdings nur, soweit nicht einfach ein Reservat mit dem Titel „feminine Wissenschaft“ (welcher Art auch immer) angestrebt und einer „maskulinen Wissenschaft“ gegenübergestellt oder die Wissenschaft überhaupt abgelehnt wird.

Ähnlich verhält es sich mit der Kunst. Die explizite Thematisierung der Kunst durch sich selbst, etwa im Rahmen von „institutionenkritischen“ Werken, macht sie noch nicht zu einem *politischen* Terrain. Zur Politisierung kommt es erst, wenn bisher als nicht „legitim“ ausgewiesene Positionen zur *Definition* der Kunst bzw. ihrer Funktion auftreten. Dabei darf es nicht einfach um eine rechtliche Beschränkung ihrer Freiheit oder um Subventionswürdigkeit gehen, sondern es muß ihr aktueller Begriff zur Debatte stehen. Und natürlich müssen Repräsentanten des Systems adressiert sein. Nicht die Künstlerin, die mit ihrer Arbeit ein postkolonialistisches Statement zur Lage der Dinge abgibt, politisiert die Kunst; die Politisierung geht vielmehr typischerweise von einem Rezipienten aus, der diese Arbeit nicht nur

schlecht/uninteressant/pathetisch/prätentiös findet, sondern ihr die Kunstqualität abspricht (beispielsweise, indem er nur von der „Künstlerin“ spricht). Das soll nicht heißen, daß die Arbeit der Künstlerin deshalb unpolitisch wäre; nur ist es, streng genommen, nicht die Kunst, die politisiert wird, sondern mit künstlerischen Mitteln ein anderes Gebiet. Die Künstlerin selbst politisiert das System allenfalls, wenn sie, unwahrscheinlich genug, ihre Kunst als die einzig angemessene betrachtet, wenn sie ihren, sagen wir: postkolonialistischen Konzeptualismus nicht mehr als ein ästhetisches Programm (unter mehreren) ansieht, sondern als Inkarnation der den Entwicklungen der gesellschaftlichen Umwelt allein „entsprechenden“ Kunst postuliert, während alles andere lediglich kulturindustrielle Unterhaltung sei.

Genau umgekehrt laufen die Dinge aber im politischen System, wo von Zeit zu Zeit kollektiv bindende Entscheidungen getroffen werden sollen. Es ist der Hauptschauplatz der Politik. Im Gegensatz zu den anderen Bereichen, deren Politisierung für sie immer unerwartet kommt, sorgt das funktionierende politische System selbst für jenen Import der Umwelt, der Politisierungen verursacht. Neue politische Subjekte wie etwa einst die Ökologiebewegung halten das Werk erst am Laufen und Werden. Sie verhindern, daß die etablierten Kräfte nichts mehr anderes tun als ihre jeweilige Klientel zu vertreten. Das politische System „hält sich für alle Anliegen für zuständig, die anderswo nicht oder nicht zufriedenstellend gelöst werden können“ (Luhmann 1995, 126). Und ob etwas zufriedenstellend gelöst wurde oder nicht, ist bereits eine politische Frage. Diese potentielle Allzuständigkeit des politischen Systems bringt es mit sich, daß in ihm alle anderen leeren Signifikanten zum *Thema* werden können, ohne daß das unbedingt eine Politisierung der entsprechenden „real existierenden“ Felder zur Folge haben muß. Nun ist das politische System zwar nicht der einzige Ort, wo Politik stattfindet, aber der einzige, wo sie selbstreferentiell werden kann, ja - wenn es dauerhaft ein politisches sein und nicht zu einer Filiale des administrativen Systems verkommen will - selbstreferentiell werden *muß*. Soweit es um andere Systeme geht, hat sie ausschließlich anderes zu tun als sich selbst zu bespiegeln. Freilich: Wie wir noch sehen werden, ist auch das politische System auf Grenzen angewiesen, die nicht andauernd Gegenstand des politischen Streit-handels sind. Auch hier kommt die Politik, wenn man so will, nicht völlig zu sich.

Universalisierung: Politik, „Real“- und „Postpolitik“

Insofern die oben, gerade bei der Behandlung des Rechtsstreits angesprochene Erscheinungsform von Politik auf andere Bereiche abstrahlt und zum Paradigma für Politik als gesellschaftlicher Praxis wird, spricht Rancière (1997b) von „Postdemokratie“. Darunter versteht er im wesentlichen den Kurzschluß von Demokratie und Rechtsstaat, die weitgehende rechtliche Kanalisierung und also staatliche Disziplinierung politischer Energien.²⁴ Das Korrelat zu „Postdemokratie“ ist „Postpolitik“, und dieser Begriff trifft den Kern des Problems ziemlich genau: Darunter wird ein Kommunikations- bzw. Handlungsmodus verstanden, der, wenn man so will, nur mehr Metastasen des Politischen im System zur Geltung bringt, indem er einen immer weiteren Rückzug auf Sub-Ebenen ebendieses Systems impliziert. Ziel ist weniger die hegemoniale Inkarnation eines Systems²⁵, das System steht als solches kaum noch zur Debatte, vielmehr geht es um den Ausbau der eigenen Position darin. Politik bleibt auf ihre Funktion als Supplement beschränkt. Worum es hingegen bei einer Politik geht, wie sie u.a. Rancière versteht, ist, den (sub)systembezeichnenden Signifikanten aus einer etablierten Signifikantenkette herauszulösen und mit anderen Begriffen zusammenzubringen. Daß dabei gewöhnlich zahlreiche Glieder der alten Kette erhalten bleiben, soll keineswegs bezweifelt werden. Nur: Je weiter man in irgendwelche Unteretagen hinabsteigt, desto (selbst)sicherer agiert das System, soll heißen: desto verlässlicher werden eingeübte Programme zur Anwendung gelangen.

So warnt Slavoj Žižek (1998) marginalisierte Gruppen (Arbeitslose, Homosexuelle etc.) davor, ihre Forderungen einfach in partikulare Anliegen umzuwandeln, die sich dann, soziologisch analysiert, admi-

24. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Dryzek (1996), der die These vertritt, daß eine repräsentative Einbindung sozialer Bewegungen in die formal-institutionalisierten Prozeduren nicht selten weder deren Anliegen noch der Demokratisierung der Gesellschaft dient. Im Gegenteil: Ein sich passiv exklusionistisch gerierender Staat – ein Staat, dessen Verfassung, ohne gesellschaftlichen Pluralismus zu unterdrücken, Repräsentation in den Entscheidungsgremien erschwert, könne für die Demokratie insgesamt von größerem Nutzen sein als einer, der jede Regung innerhalb der Gesellschaft dadurch domestiziert und möglicherweise sogar erstickt, daß er ihre Verursacher in seine Institutionen integriert.

25. Im Anschluß an Ernesto Laclau ist damit nichts anderes gemeint als die eingangs angesprochene Herstellung einer Äquivalenzbeziehung, die notwendige Besetzung eines systembezeichnenden leeren Signifikanten unter der Bedingung ihres ebenso notwendigen Fehlgehens. Hegemonie ist das erreichbare Maximum.

nistrativ bearbeiten ließen, und plädiert für eine Rückbesinnung (der Linken) auf die universalistische Dimension der Politik. Doch was ist mit dieser „universalistischen Dimension“ gemeint? Es wäre wohl ein Mißverständnis, würde man dahinter einfach die Forderung nach einer permanenten Orientierung an der Menschheit als Gemeinschaftshorizont vermuten. Man kann durchaus beim soziologischen Befund einer sehr weit in unversöhnbare Sphären ausdifferenzierten Gesellschaft bleiben.²⁶ Denn viel eher bezieht sich die „universalistische Dimension“ auf das jeglichem System eigene Mißlingen seiner vollständigen Konstituierung. In diesem Zusammenhang sollte man noch einmal die Eigenschaft von Systemen hervorheben, nicht einfach nur Teile eines intelligiblen Ganzen zu sein, sondern besondere Versionen eben dieses Ganzen darzustellen. Es sind wie Sprachen endliche Totalitäten²⁷ - Totalitäten, die zwar nur sind, was sie sind, indem sie etwas ausschließen (sinnlose Laute und Sätze), aber dafür dann alles sagen lassen, was es zu sagen *gibt*. Was ausgeschlossen sein soll, darum geht es im politischen Streithandel. Dieser setzt allerdings voraus, daß die Parteien sich nicht bloß mit irgendeinem Platz zufriedengeben, sondern sich (in Koalitionen) mit einem System gleichsetzen und dafür bereit sind, ihre Partikularität aufs Spiel zu setzen.

Die universalistische Dimension kann auch in den Signifikanten „Österreich“ oder „Europa“ zum Ausdruck kommen, soweit Österreich und Europa Systematizität beanspruchen können. Doch geht diese Dimension jedenfalls verloren, wenn die Signifikanten nicht mehr auf eine „*abwesende Fülle*“ (Ernesto Laclau) verweisen, sondern wie gewöhnliche evoziert werden, wenn sie also nicht mehr für *das* Volk, sondern nur noch für *ein* Volk (neben oder gar über anderen) stehen.²⁸ Wir hätten es dann mit einer Naturalisierung zu tun, die Exklusionen gerade dadurch unsichtbar macht, daß sie die große systemgefährdende und somit gleichzeitig systemkonstituierende Differenz überall als leibhaftige am Werk sieht. Und es würde die seltsame

26. Nach Zizek sollte man sich aber wieder verstärkt auf das ökonomische System konzentrieren.

27. In der soziologischen Systemtheorie trägt man diesem Umstand mit der Kategorie der Polykontextualität (im Gegensatz zur bloßen Polykontextualität) Rechnung. Von jedem System wird sozusagen eine Welt erschaffen (siehe dazu Fuchs 1992a, 43-58).

28. Wenn es (um einen Slogan der österreichischen Bundesregierung aus seinem Zusammenhang zu reißen) statt „Wir sind Europa!“ heißt „Wir sind die Europäer!“.

Erscheinung der politischen Gemeinschaft als einer, die nur als unmögliche besteht, nämlich solange sich ein Teil in einem Streithandel die Repräsentation des Ganzen anmaßt, wieder verschwinden. Es träfe zu, was Stephen Holmes (1996, 177) über die von diversen Kommunitaristen imaginierte Gemeinschaft sagt: „In the vocabulary of these antiliberals, ‚community‘ is used as an anesthetic, an amnesiac, an aphrodisiac.“²⁹ Im soziologisch-systemtheoretischen Sinne können Österreich und Europa keinen eigenen Systemstatus beanspruchen; respektive handelt es sich dabei nur um Namen für die Organisation zweier Segmente des weltpolitischen Systems, aber immerhin. Nun braucht sich der politische Diskurs seinen Rahmen ohnehin nicht von der Soziologie vorgeben zu lassen. Hinzu gefügt sei jedoch, daß völlige gesellschaftstheoretische Ignoranz und die Selbstbeschränkung auf gewohnte Terrains ebenfalls fehl am Platz wären. Das hätte nämlich zur Folge, daß Politik zusehends zur Administration „objektiver Probleme“ degeneriert;³⁰ „objektiv“ in dem Sinne, daß sie tendenziell einer indisponiblen Umwelt zugerechnet werden; jene (Funktions)-Systeme, die schon längst den territorialen Beschränkungen entwachsen sind, blieben als solche im politischen System unthematisiert; nur die mehr oder weniger absehbaren Effekte ihres Operierens stünden noch zur Debatte, allerdings weniger zu einer politischen als vielmehr einer postpolitisch-administrativen (permanentes Krisenmanagement, „runde Tische“) oder postpolitisch-ökonomischen Debatte (im internationalen Bereich: der mit anderen in Konkurrenz- und Geschäftsbeziehungen stehende „Wettbewerbsstaat“).

Doch landen wir mit dieser Skepsis gegenüber Bekenntnissen zur gegenwärtigen „Realpolitik“ der Eigeninteressensverfolgung und der

29. Wie sich aber am Ende zeigen wird, ist genau die Tatsache, daß das politische System, wenn es sich nicht schon *expressis verbis* als eine solche Gemeinschaft beschreibt, so doch von einem derartig unpolitischen Gemeinschaftsphantasma zehrt, der Grund dafür, daß Demokratie sich nicht ganz glücklich machen kann. Es geht immer nur um die universalistische Dimension eines partikularen Systems, nämlich einen Mangel, den es als solchen mit allen anderen teilt.

30. Žižek (1994, 206 f.) schlägt vor, im politischen System einen Platzhalter zu sehen, der das Politische für alle anderen Systeme repräsentiert, eine Metapher für das Politische. Andere Systeme könnten so weitgehend frei von Politisierungen ihren Geschäften nachgehen. Der eben skizzierte Prozeß wäre demnach als Entmetaphorisierung zu verstehen. Wenn schon im politischen System die Politik zunehmend durch (Krisen-)Management verdrängt wird, muß sie immer öfter in die Welt hinaus und die anderen Systeme persönlich behelligen.

Kompromißbildung nicht direkt bei der Moral, die ja nach weitverbreitetem Urteil in der Politik nicht allzu viel verloren hat bzw. allenfalls deren Rahmen abgibt? Was letztere Auffassung angeht, so denke man nur an jene kommunitaristische Meta-Ethik, die im Gegensatz zu liberalen Versuchen, die Politik, so der Vorwurf, moralisch und also kontextunsensibel zu disziplinieren, Einwanderungspolitik weitestgehend den einzelnen Staaten überlassen will. Das falle eben in den genuine Zuständigkeitsbereich der Politik, und in dieser spielten Interessen, Loyalitäten und partikulare Wertvorstellungen die Hauptrolle.³¹ Nach dem hier vertretenen Politikbegriff handelt es sich beim moralischen Diskurs aber nicht unbedingt und jederzeit um einen vom politischen unterschiedenen³², sodaß sein Ort entweder das „subpolitisch Private“ oder „metapolitisch Gesellschaftliche“ schlechthin wäre. Wir können also durchaus mit Steven Lukes (1998, 395) übereinstimmen, der im Zusammenhang mit den Einbürgerungsregelungen in Deutschland und Frankreich das Argument zurückweist, „daß (die Frage der Mitgliedschaft) eine politische und keine moralische Streitfrage sei, die der deutsche Staat auf politischer Grundlage zu entscheiden habe, und zwar besonders deswegen, weil in Deutschland gerade über diese Streitfrage eine sehr heftige Debatte zwischen Teilnehmern mit ganz unterschiedlichen Ansichten getobt hat. Jene Politik wirft prinzipielle Streitfragen auf, und ich sehe keinen Grund, warum die Erörterung der beteiligten Prinzipien fehl am Platze oder unangemessen sein sollte. (...) Als die Schweizer Frauen und die Südafrikaner Schwarze ausgeschlossen haben, wurden Prinzipien verletzt, die nicht schon deswegen für ungültig oder unangemessen erklärt werden, weil man meint, jede Gesellschaft habe ihre besondere Kultur.“ Überhaupt ist es gerade die Moral, die für einen Gutteil der „terms of political discourse“ (William Connolly) sorgt, unserer leeren Signifikanten: Freiheit, Gleichheit, Autonomie, Verantwortung etc.

Wir können also festhalten: Politik ist jede Strategie einer Partikularität, das unmögliche Ganze eines Systems zu usurpieren. Gerade das *Verlassen* einer Position ist der Auftakt zur politischen Aktivität. Einfach in einem Land akzeptiert zu werden, wäre demnach (wenn auch

31. Siehe etwa die Bemerkungen zur Einwanderungspolitik bei Walzer (1992).

32. „Moral“ meint dabei natürlich nicht die zur Beobachtung (anderer Personen) eingesetzte Unterscheidung von gut und böse. Es geht also nicht um den *moralisierenden* Diskurs.

ein legitimes, so doch) noch kein politisches Anliegen. Politik wäre erst die Einschreibung der eigenen Identität in die Selbstbeschreibung, soll heißen: die hegemoniale Repräsentation des Landes.³³

2. Demokratie

Wir sind nun bei jener Kategorie angelangt, die das politische Denken der letzten zweihundert Jahre geleitet hat. Zwei Aspekte der Demokratie wollen wir hervorheben: erstens die bereits erwähnte Praxis, etwas „zusammensehen zu lassen, was als getrennt auftritt“ (Rancière); was wiederum, zweitens, bedeutet, daß das jeweilige System die Unmöglichkeit der vollständigen Selbstkonstituierung vorgeführt bekommt, wodurch das Feld ein unentschiedeneres Outfit erhält. Nur das politische System kann sich diese Infragestellung selbst zurechnen und auf Dauer stellen. Schließlich untergräbt es damit nicht seine Systematizität.

Dimensionen

Zur ersten Dimension: Die Stoßrichtung demokratischer Kämpfe ist typischerweise Freiheit und Gleichheit. Nach Etienne Balibar sind Freiheit und Gleichheit „praktisch“ (nicht essentiell) identisch: „Weder gibt es Beispiele von Freiheitsbeschränkungen oder –beseitigungen ohne soziale Ungleichheiten, noch gibt es solche von Ungleichheiten ohne Freiheitsbeschränkungen oder –beseitigung, selbst wenn es Grade, sekundäre Spannungen, Phasen instabiler Gleichgewichte oder Kompromißsituationen gibt, in denen Ausbeutung und Herrschaft sich nicht auf alle Individuen homogen verteilen“ (Balibar 1993, 110). Die Logik, der diese Kämpfe gehorchen, ist jene der Äquivalenz, der „Ausweitung von Freiheit und Gleichheit auf immer größere Bereiche“ (Laclau/Mouffe 1991, 215). Damit kommt eine Systemtheorie, die das Politische und die Politik einem bestimmten System zurechnet, nur schwer zurecht. Und tatsächlich: Wenn man das Problem so for-

33. Wir fällen hier kein Urteil über Politiken der Anerkennung. Darüber ist innerhalb der Linken mittlerweile eine lebhaftere Debatte entbrannt, die eine gesonderte Untersuchung wert wäre. Verwiesen sei in diesem Zusammenhang nur auf die Auseinandersetzung zwischen Fraser (1995 und 1997) und Young (1997). Die für uns entscheidende Frage lautet, soviel kann gesagt werden: Anerkennung als was? Und wichtig ist auch noch, daß es nicht um eine bloßes Ersuchen um Anerkennung geht, sondern durchaus um ihre Erzwingung.

muliert wie Luhmann (1995, 121), erscheint die ganze Auseinandersetzung um diese Kategorien zwischen Libertaristen, egalitaristischen Liberalen, Sozialisten und Kommunitaristen seltsam müßig. „(I)st die Freiheit der Chefs von Staaten oder von Großunternehmen, von Rundfunkanstalten oder von Forschungsinstituten wirklich größer als die Freiheit von chefs de cuisine? (...) Das Problem ist, daß für Zwecke staatlicher, rechtsförmiger Politik ein Begriff von Freiheit konstruiert werden muß, dem die Realität, wie sie in gesellschaftlicher Kommunikation und im Widerstand von Kommunikation gegen Kommunikation erzeugt wird, nicht entspricht.“ Doch gerade darin liegt der Witz der Politik: Sie kümmert sich nicht darum. Sie verharrt nicht in „Realität“, sondern bringt sie durcheinander, indem sie Systeme mit ihrer Umwelt auf eine systemisch nicht legitimierte Weise konfrontiert. Wenn man sich allerdings auf derart präzise definierte Subebenen begibt, steht man, wir sagten es schon, mit „externem“ Vokabular eher auf verlorenem Posten. Dieses kann dort kaum noch Äquivalenzketten verändern. Überhaupt kann man Fragen nach Freiheit und Gleichheit nur dann sinnvoll stellen, wenn man sich, ohne sie zu ignorieren, nicht allzu tief vor der Ausdifferenzierung inkommensurabler Gesellschaftssphären verbeugt hat. Das leistet die Demokratie. Sie unterwandert die eindeutige Zuordnung von Diskursen, ohne dabei unbedingt auf „simple“ Gleichheit aus zu sein, wie Walzer es insbesondere der Rawlschen Gerechtigkeitstheorie unterstellt. Was „Gleichheit“ angeht, so bietet aber schon die Systemtheorie Luhmanns ein etwas „positiveres“ Bild. Mit Gleichheit kann jedes System etwas anfangen, freilich nicht als Systemziel, aber als „Schema der Selbstbeobachtung“ (Luhmann 1991, 443). So kommt Luhmanns Analyse des Gleichheitsbegriffs zu dem Schluß, „daß die Form der Gleichheit die einzelnen Funktionssysteme auf sich selber verweist. Niemand kann ihnen sagen, was gleich und was ungleich ‚ist‘. Die Ungleichen diskriminierenden Kriterien müssen systemintern gefunden, getestet, validiert, geändert werden“ (Luhmann 1991, 442). Mit der Demokratisierung/Politisierung werden dem System jedoch Kriterien von einem inneren Außen aufgedrängt. Solche Kriterien können dann auch „Tradition“, „Schönheit“, „Humanität“, „Kritik“ und „Funktionalität“ heißen, beispielsweise wenn es wieder einmal um eine Redefinition von Kunst geht.

Zur zweiten Dimension: Die Systemtheorie betrachtet Demokratie als Selbstbeobachtungsmodus, aber nur des politischen Systems, welches wie alle anderen Systeme eine binäre Codierung aufweist: progressiv/konservativ oder Regierung/Opposition. Nachdem wir aber gerade das Politische als potentiell „omnipräsent“ dargestellt und ein Monopol des politischen Systems auf Politik verneint haben³⁴, können wir auch Demokratie nicht auf jene Bereiche beschränken, in denen kollektiv bindende Entscheidungen getroffen werden. Andererseits ist Demokratie, wenn wir einmal bei der Systemtheorie bleiben wollen, nicht jede beliebige Form der systemischen Selbstbeobachtung. Außerhalb des politischen Systems kann sie eigentlich gar nicht als Selbstbeobachtung gedacht werden. Das Wissenschaftssystem wird nicht schon mit jeder in ihm stattfindenden Reflexion auf die Wissenschaft demokratisch. Und es wird das auch nicht dadurch, daß es viele unterschiedliche Paradigmen nebeneinander gelten läßt. Der Diskurs muß einen bestimmten Modus annehmen. Die Parteien müssen um die *Inkarnation/Usurpation* kämpfen, und dürfen sich nicht bloß um eine angemessene, unpolemische und detachierte *Beschreibung* des Systems bemühen. (Jener, etwa soziologischen Theorie der Wissenschaft dagegen, die sich nicht durchsetzen kann, wird deshalb nicht automatisch die Wissenschaftlichkeit abgesprochen.) Von Politisierung kann man nur dann sprechen, wenn ein Streithandel ausgetragen wird, der die gerade aktuelle Abgrenzung des Systems gegenüber seiner Umwelt, nicht die bloße Beschreibung dieser Grenze, in Frage stellt. Das System gerät dabei in einen Zustand der Unbestimmtheit und muß (vorläufig) auf einige klare Ausschließungen verzichten.

Es sollte klar geworden sein, daß die Demokratie nicht einmal ein System in dem eher vagen Sinne darstellt, wie wir bisher von „Systemen“ gesprochen haben, etwa bloß eine Regierungsform. Denn was mit ihr symbolisiert wird, ist gerade das Scheitern systemischer Abschließung. Rancière (1997b, 98) bringt es folgendermaßen auf den Punkt: „Die Demokratie ist nicht ein Gesamtes von Institutionen oder eine Regierungsweise unter anderen. Sie ist nicht die parlamentarische

34. Und wenn man sich die Praktiken und Kommunikationen im politischen System genauer ansieht, so kann man feststellen, daß keineswegs alle dem oben formulierten Politikbegriff gerecht werden. Insbesondere die gängigen Formen des Ausgleichs zwischen Parteien und Interessensvertretungen fallen wohl unter Rancières Verdikt der Postpolitik.

Ordnung oder der Rechtsstaat. Ich will natürlich nicht sagen, daß all dies ohne Bedeutung sei. Ich behaupte einfach nur, daß es nicht das ist, was eigentlich 'Formen' der Demokratie genannt werden kann. Und ich füge hinzu, daß die Demokratie genausowenig ein gesellschaftlicher Zustand ist, die Herrschaft des Individualismus oder der Massen. Die Demokratie ist im allgemeinen die Subjektivierungsweise des Politischen – wenn wir unter Politischem etwas anderes verstehen als Anordnung der Körper in einer Gemeinschaft und Verwaltung von Stellen, Mächten und Funktionen. Genauer gesagt, die Demokratie ist der Name einer eigenartigen Unterbrechung jener Ordnung der Distribution von Körpern in der Gemeinschaft (...).“ Und weiter: „Jedes Politische ist in diesem bestimmten Sinn demokratisch (...). Das Politische existiert vermittelt durch das demokratische Dispositiv der Erscheinung, der Selbstdifferenz und des Streithandels“ (102). Letzteres bedeutet: das Volk ist nur insofern anwesend, als es einen Kampf um seine Repräsentation gibt.

Dieses „System von Eingriffsformen“ (Rancière 1997b, 121), das kein „wirkliches“ System ist, kann auch nicht als ein solches instituiert werden. Es ist auf bereits bestehende Systeme angewiesen. Es handelt sich um Eingriffsformen, die mit den sozialen Feldern, die zum politischen Terrain werden sollen, variieren. Parlamentarismus, Plebiszite, Gewaltenteilung etc. sind wichtige Voraussetzungen für die „Subjektivierung des Politischen“ in der Gesellschaft, aber nicht alles. Was mit der Demokratie den Systemen hinzugefügt wird, ist zunächst nichts Positives. Im Gegenteil, eher nimmt sie ihnen etwas weg. Demokratisierung bedeutet, Systemen ihren Mangel zu präsentieren. Und die Bedingungen dafür sind nicht überall dieselben, nicht jedes System ist für eine entsprechende Institutionalisierung von Freiheiten und Verfahren gleich empfänglich. Dennoch kann Demokratie nicht parasitär genannt werden. Schließlich holt sie nichts für sich heraus. Sie „unterbricht“ die „Ordnung der Distribution von Körpern“ nicht zum Selbstzweck. Das, was sie antreibt, ist ihr äußerlich.³⁵ Und weil sie kein eigenes System, sondern die - keineswegs voraussetzungslose - Per-

35. Siehe in diesem Zusammenhang auch die Erörterung von Theorien, wonach es der Demokratie mitunter genüge, sich ihrer selbst zu vergewissern und den Akteuren eine positive Selbstwahrnehmung zu ermöglichen, bei Elster (1987, 200 f.). Tatsächlich kann die Befriedigung, die aus der politischen Aktivität resultiert, niemals mehr sein als ein „Zustand, der wesentlich Nebenprodukt ist“.

petuierung von Politik ist, verschwindet die Demokratie auch mit der Politik.

Wenn Demokratie nur als Prozeß existiert, als politischer Kampf, dann heißt das natürlich nicht, daß jede Politik wünschenswerter wäre als Nicht- oder Postpolitik. Politik kann sich *gegen* das Politische, das nach Rancière immer ein demokratisches ist, richten und bliebe dennoch Politik. Marcharts Antwort auf die Frage, ob es eine Politik des Politischen geben könne, nämlich schlicht und einfach Nein, ist zunächst völlig korrekt. „Denn entweder gilt die Funktionsweise von Politik (=das Politische) quasi-transzendental für alle Politiken – d.h. auch für totalitäre. Dann ändert eine inhaltlich quasi-transzendentalistische Politik an der Funktionsweise, an ihren eigenen Voraussetzungen nichts. Oder sie gilt nicht für alle Politiken, dann ist aber die Theorie nicht länger quasi-transzendentalistisch und muß ihre ganze theoretische Fundierung, aus der sie ihr politisches Programm abgeleitet hatte, in Frage stellen. (...) Eine Politik des Politischen, also eine Politik der Unmöglichkeit, des *impossible task*, mithin der Unentscheidbarkeit zu fordern, ist heroisch, aber ergebnislos (...)“ (Marchart 1998a, 111 f.). Nationalsozialisten oder religiöse Fundamentalisten, die von den Freiheiten, die säkulare, demokratische Staaten gewähren, Gebrauch machen, nur um sie bei Gelegenheit abzuschaffen, betreiben in diesem Stadium zweifellos Politik. Nur ist es eine Politik, die es sich zum ontologisch unerreichbaren, gleichwohl empirisch verheerenden Ziel macht, den politischen Streithandel für immer zu ersticken. Wie Žižek entgegen einem beliebten Gemeinplatz betont, war das Problem mit der nazistischen Ideologie aber nicht die „übertriebene“ Politisierung der Gesellschaft, „sondern ganz im Gegenteil die Suspendierung des Politischen durch Bezug auf einen außerideologischen Kern, der viel machtvoller war als in einer ‚normalen‘ demokratischen Ordnung ...“ (1997, 157).

Aber ist nicht eine Politik, die sich gegen eine solche Suspendierung des Politischen wendet, ohnehin die fragliche Politik des Politischen und Marchart somit widerlegt? Nicht ganz. Die Rede von der „demokratischen Ordnung“ und der Möglichkeit einer Suspendierung des Politischen verrät bereits eine leichte Verschiebung des Problems. Wir auf einem ganz bestimmten Terrain angelangt: dem politischen System. Anderswo ist Systematizität überhaupt nur gegeben, soweit diese Suspendierung schon stattgefunden hat. Im politischen System

ist eher das Gegenteil der Fall, wodurch so etwas wie eine Politik des Politischen möglich zu werden scheint. Nur ist es nicht mehr das Politische an sich, um das es geht. Es ist seine Symbolisierung, die gefördert werden soll. Wir formulieren und beantworten Marcharts Frage neu: Gibt es eine Politik der Symbolisierung des Politischen? Ja, aber nur für das politische System.

Zusammengefaßt: Wenn Demokratie lediglich ein System mit seiner Umwelt ins Verhältnis setzt und dabei seine Grundlosigkeit und Nichtidentität vorführt, unterscheidet sich die Politik, die sie befördern soll, gravierend von sonstiger Politik. Politiken haben es typischerweise auf die (Re-)Konstitution von Systemen („Funktionssysteme“, „Diskurse“, „Sprachspiele“) abgesehen³⁶, eine Politik der Demokratie dagegen auf die Preparierung ihrer Öffnung. Insofern „Demokratie“ für sich nicht einmal mehr das Versprechen eines systemischen Zusammenhangs enthält und somit gewissermaßen den leeren Signifikanten der Leere anderer Signifikanten abgibt, bedarf die Schaffung ihrer Voraussetzungen einer Orientierung an einem weiteren Signifikanten. Und dieser Signifikant muß, wie es aussieht, ein politisches System bezeichnen. Aus anderen Systemen kann ein *Schauplatz* von Demokratie werden, mehr aber nicht; dann sind sie aber nicht mehr eindeutig sie selbst. Das politische System kann sich seiner Identität als *politisches* nur als „demokratisiertes“ sicher sein. Soweit es nicht demokratisiert, soweit also nicht für günstige Politikbedingungen gesorgt ist, verschwimmen seine Grenzen zur Administration, zur Wirtschaft, zur Religion und anderen Bereichen.

Politik versus Demokratie?

Ziel der Politik ist es, in einer politischen, also offenen Situation eine Entscheidung herbeizuführen, das von wem immer entfachte Politische *zurückzudrängen*, „Komplexität zu reduzieren“. Zu diesem Zweck postuliert man außerpolitische Fundamente: Man spricht von „unverrückbaren Werten“ oder „Rationalität“. So wird z.B. eine Zentralbank eingerichtet, mit klaren Zielen und Programmen ausgestattet und von Anfechtungen seitens ihrer Umwelt weitgehend abgeschottet. Das Hauptargument für derartige Maßnahmen lautet in der Regel „rationale Selbstbindung“. Institutionen, die so wichtige stabilisierende

36. Sie unterbrechen, wie gesagt, nicht der Unterbrechung wegen.

Funktionen erfüllen wie Zentralbanken, müsse man vor der Tagespolitik bewahren. Nur so sei es dem naturgemäß willensschwachen Volk möglich, seine einmal getroffenen rationalen, den Verzicht auf kurzfristige Vorteile zugunsten größerer langfristiger vorsehenden Entscheidungen beizubehalten (Elster 1987, 91 f., 120). Das aber impliziert einen völligen Ausschluß der Politizität des Feldes, in dem man sich bewegt, und zwar nicht erst als Konsequenz, sondern schon als *Voraussetzung*. Das Publikum dieses Systems (etwa mit dem Namen „BürgerInnen Europas“) wird auf eine Weise präsentiert, aus der die oben angesprochene Seltsamkeit seines „wahren“ demokratischen Existenzmodus getilgt ist. Das demokratische Volk teilt sich in einen Horizont der Universalität und seine Repräsentation durch eine Partikularität. Das Argument der rationalen Selbstbindung suggeriert in diesem Zusammenhang aber ein mit sich identisches Subjekt. Es beruht daher auf einer erschlichenen Prämisse, und gerade die *Erschleichung* dieser Prämisse macht es zu einem politischen und nicht einfach „rationalen“ Argument. Die Position, von der aus dieses Argument formuliert wird, wird mit dem Volk gleichgesetzt. Wenn wir oben festgestellt haben, daß selbst dort, wo eigentlich keine Politik betrieben wird, sondern einfach eindeutig systemspezifische Kommunikationen zu beobachten sind, Politik vorkommt, nämlich als bloßes Supplement, als Entscheidung, entlang etablierter Parameter weiterzukommunizieren, so haben wir es jetzt mit dem genauen Gegenteil zu tun: Die Politik muß etwas außerhalb des Politischen imaginieren.

In diesem Sinne kritisiert Zizek auch Mouffes Schlußfolgerungen aus ihren Kritiken an den Versuchen von Autoren wie Rawls oder Habermas, dem Politischen ein metapolitisches Fundament zu verpassen (Mouffe 1992a und b, 1993). Mouffes Kritik richtet sich gegen die Vernebelung des Politischen, die sie nicht nur für theoretisch falsch, sondern wegen ihrer totalitären Potentiale auch für politisch gefährlich hält. Zizek hingegen betont das Paradox der Komplementarität. Komplementarität heißt hier nicht, daß sich zwei Eigenschaften einfach ergänzen, sondern, im Gegenteil, daß sie einander ausschließen. Sie äußert sich u.a. gerade in der Unmöglichkeit, sich über sämtliche Bedingungen und Konsequenzen des eigenen Handelns im klaren zu sein und dennoch zu handeln. Wer die Anerkennung der anderen will, muß sie sich über einen Umweg verschaffen. Er bekommt sie nur dadurch, daß er noch etwas anderes macht, als nach Anerkennung zu

suchen. Und wer Politik betreibt, tut das nur dann erfolgreich, wenn er nicht ständig die perspektivische Gebundenheit seiner Ziele und Strategien hervorkehrt.³⁷ O-Ton Žižek (1996, 209): „Obgleich (Mouffes) Kritik völlig gerechtfertigt ist, weicht sie doch dem Paradox der Komplementarität insofern weiter aus, als sie die Illusion (...) einer auf jede Bezugnahme auf ein außerpolitisches Fundament verzichtenden Politik beinhaltet: als wäre es möglich, das reine Spiel des Antagonismus zu spielen, als wäre (...) eine Bezugnahme auf irgendein nicht-antagonistisches, neutrales Fundament, so illusorisch es auch ist, nicht eine irreduzible, notwendige Bedingung einer politisch effizienten *prise de position*. In diesem präzisen Sinne ist die Ethik ein *Supplement* des Politischen.“ Aber nicht nur die Ethik, auch andere Imperative fließen unweigerlich in die Politik ein. Schließlich findet Politik niemals im Vakuum einer völlig präsymbolisierten/präsystemisierten Wirklichkeit statt.

Im normalen/normalisierten Tagesablauf in den verschiedenen sozialen Feldern fungiert Politik allenfalls als Supplement, im politisierten Erregungszustand werden die Rollen getauscht, und Politik wird supplementiert. Das gilt für demokratische wie für totalitaristische Politik. Doch anders als demokratische Politik zielt totalitaristische Politik (im gemeinen Sinne) nicht nur auf die Überwindung einer politischen Situation ab, die Entscheidung eines Konflikts in einem System, das sich über die Austragung solcher Konflikte erst reproduziert; sie strebt den völligen Ausschluß weiterer Symbolisierungen des Politischen an. Letzteres wäre nicht weiter auffällig bei Systemen, die sich über die Verdrängung des Politischen (ohne seine symbolische Reintegration) erst konstituieren. Für das politische System erweisen sich derartige Strategien aber als selbstzerstörerisch. Es betreibt damit seine Assimilation an die Verwaltung (auch dort werden kollektiv bindende Entscheidungen getroffen).

Um bei der Verhinderung einer derartigen Verdrängung nicht ausschließlich auf die „politische Korrektheit“ (potentieller) politischer Subjekte bauen zu müssen, empfiehlt sich nun ein Set von Institutio-

37. Umgekehrt verfehlt die übliche journalistische Klage darüber, daß im politischen Prozeß „wieder einmal“ die Ideologie statt der Vernunft regiere, ebenso völlig die Pointe von Politik. Eine derartige Feststellung verträgt sich nicht mit der beanspruchten Position des detachierten Beobachters. Die Abgrenzung von der „ideologischen Verblendung“ (des Gegners) gehört vielmehr zu den typischen rhetorischen Strategien des Teilnehmers.

nen, das den (potentiellen) Akteuren allzu große ethische Zumutungen erspart und darüber hinaus noch (nicht zuletzt via Gewöhnung) die Wertschätzung für Politik befördert. Jene Strategien, die auf die Einrichtung oder Abänderung eines solchen Sets gerichtet sind, faßt man üblicherweise unter dem Titel Demokratiep politik zusammen. Das wiederum bedeutet nicht, daß keine rechtlichen Institutionen geschaffen werden können, die dann eine zeitweilige Transformation *anderer* Bereiche in politische Terrains erleichtern, wie Meinungsfreiheit, Kündigungsschutz, Freiheit der Wissenschaft etc. Festzuhalten wäre jedoch, daß die Installierung von Verhandlungssystemen, auf betrieblicher Ebene oder wie es die österreichische „Sozialpartnerschaft“ eines ist, nicht auf Politisierung, sondern gerade auf Verhinderung des politischen Streithandels angelegt ist; es geht darin nicht um die Hegemonisierung und damit immer auch Transformierung von Präferenzen, sondern um ihren Ausgleich. Wenn hier von politischen Systemen die Rede ist, so sind damit, ganz traditionell, vor allem jene Einrichtungen gemeint, die den Anspruch erheben, die umfassende „Selbstbestimmung“ einer Bevölkerung zu gewährleisten. Doch wie schon für die Politik selbst, die ja durchaus in verschiedenen „Intensitäten“ vorkommt, muß auch für Systeme, in denen kollektiv bindende Entscheidungen getroffen werden, eine gewisse Graduation vorgenommen werden: Je größer der sachliche Zuständigkeitsbereich eines solchen Systems, desto eher haben wir es mit einem System zu tun, das seine Identität politischer Kommunikation, mithin einer Entzweiung im Streithandel, verdanken könnte.

Demokratiepolitik

Worin besteht nun der Witz und gleichzeitig das Dilemma von Demokratiep politik? Demokratie fügt keinem System etwas hinzu, haben wir gesagt. Sie nimmt ihm etwas weg, sie unterbricht. Eine Politik der Demokratie ist aber noch mehr als jene Politisierung, von der bisher die Rede war. Sie ist eine Verdoppelung, eine Politisierungspolitik. Es geht um die *Installierung von günstigen Bedingungen für Politisierungen*.

Was für die anderen Systeme eine Beschneidung ihrer Eigenart wäre, ist für das politische System konstitutiv. Hier gilt es nun, eine weitere entscheidende Differenz zwischen einem politischen System und anderen Systemen zu anzuerkennen. Weil die es auszeichnende Kommunikationsweise, nämlich Politik, nicht so exklusiv ist wie die

anderer Systeme, sind politische Systeme darauf angewiesen, daß es noch weitere *politische* Systeme³⁸ (bzw. solche, die, von außen betrachtet, dasselbe leisten) gibt, von denen keines über allen anderen steht.³⁹ Während andere Systeme eine ganze Welt konstruieren und jedem zu bestimmten, aus der Perspektive des Systems gleichen Bedingungen einen darüber hinaus völlig unbestimmten Platz anbieten, haben politische Systeme nahezu bedingungslos einen bestimmten Platz als gleiche BürgerIn in Aussicht zu stellen. In ihnen und von ihnen soll tatsächlich Gleichheit realisiert werden. Gleichheit ist ein Systemziel, und sei es nur über ein Konzept differenzierter Staatsbürgerschaft zu erreichen. Und sie ist ein auf die ganze Gesellschaft bezogenes Versprechen des Systems, das Politisierungen zur Normalität werden läßt. Ein solches System braucht zu seiner Konstituierung nicht nur eine hegemoniale Inkarnation des leeren Signifikanten auf Kosten anderer möglicher Äquivalenzkettenglieder. Als quasi stellvertretend für das gesamte Gesellschaftssystem seine Politizität intern reflektierendes Subsystem, braucht es nicht nur *irgendeine* Umwelt, es braucht jedenfalls *auch* eine als gleichartig wahrgenommene Umwelt.⁴⁰ Nur im Rahmen eines Systems von Staaten, die sich (um den Preis des Ausschlusses nichtstaatlicher Akteure und wie immer motiviert) als gleich anerkennen, kann sich das System, wenn die sonstigen Rahmenbedingungen günstig sind, soweit stabilisieren, daß nicht alle Quellen der Politisierung zum Versiegen gebracht werden müssen. Das Außen kann als inneres und somit als Antagonist anerkannt werden und das System – wie andere Systeme auch – im Wandel dasselbe bleiben. Auf der globalen Ebene treten jene Elemente, die sonst lediglich eine supplementierende Funktion erfüllen, in den Vordergrund. Lobbying und diplomatisches Bargaining werden wieder wahrscheinlicher. Man könnte daher sagen, der übliche Preis für die potentielle Allzuständigkeit des politischen Systems ist, wenn es denn mehr als ein System der Kooperation sowie der positiven und negativen Koor-

38. Im systemtheoretischen Sinne: weitere Segmente eines weltpolitischen Systems.

39. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß alle anderen Systeme nur im Singular vorkommen und nicht auch in Form regionaler Segmente. Allerdings tun sie das aus anderen Gründen, etwa weil sie (wie das Systeme sozialer Sicherung oder Bildungssysteme) eine besonders enge Koppelung an politische Systeme aufweisen.

40. Worum immer es bei den Diskussionen um die Institutionenreform der EU geht, Europa, und nicht Nicht-Europa, steht zur Debatte. Immer haftet dem leeren Signifikanten ein partikularer Rest an.

dination sein soll, die territoriale (und personale) Begrenzung seiner Kompetenzen. Damit sind wir auf ein Dilemma gestoßen: Je kleiner ein politisches System bzw. dessen territorialer und personaler Zuständigkeitsbereich, desto „objektiver“ die Sachzwänge seitens der Umwelt. Je größer, desto wahrscheinlicher die Transformation in ein bloßes Verhandlungssystem⁴¹, dessen Ausschlüsse dann im System höchstens noch als Probleme (das „Ausländerproblem“, das „Fundamentalistenproblem“ etc.) präsent bleiben.

Was die Unterscheidung von ordentlicher und außerordentlicher Politik angeht, so lautet unsere Schlußfolgerung nun: Ordentliche Politik bringt die universalistische Dimension von Systemen zur Geltung, ihre Verfehlung der vollständigen Konstituierung. Eine Partikularität verläßt ihren Platz und schwingt sich, nicht ohne damit ihre Identität zu verändern, zur Inkarnation eines Ganzen auf. Das Universelle wird durch ein Partikulares repräsentiert. Außerordentliche Politik nimmt den umgekehrten Weg. Sie geht aus von einem Universellen und schreibt dieses einem weiteren Partikularen ein. Genau deswegen kümmern sich auch demokratische Staaten nicht ausschließlich um „ihre eigenen Angelegenheiten“, obwohl sie dazu neigen, die anderer zu respektieren. Ziel ist es, den im Gestrüpp von Verhandlungssystemen und rechtlichen Regulierungen des Diskurses verhedderten bzw. von der Administration verdrängten politischen Streithandel wiederzubeleben. Eine bloße Ausweitung von Parteistellungen und Einlaß in Verhandlungssysteme reicht dafür jedenfalls nicht aus. Der Antrieb zur permanenten Reformierung von Politisierungsbedingungen bzw. zur Ermöglichung weiterer Reformierungen verdankt sich, soweit vorhanden, jenem Unbehagen, das Demokratie letzten Endes auszeichnet. Es steht für ihre und also die schlechthinnige universalistische Dimension. Sein steter Ausdruck dürfte das sein, was Marchart zu Recht nicht als Politik, sondern allenfalls als Ethik gelten lassen will.

41. Was aber ohnehin nicht wenig ist.

Literatur

- Baecker, Dirk (1996): „Gewalt im System“, in: *Soziale Welt*, Heft 1, 92-109.
- Balibar, Etienne (1993): „‚Menschenrechte‘ und ‚Bürgerrechte‘. Zur modernen Dialektik von Freiheit und Gleichheit“, in: ders., *Die Grenzen der Demokratie*, Hamburg, 99-123.
- Butler, Judith (1998): *Haß spricht. Zur Politik des Performativen*, Berlin.
- Derrida, Jacques (1991): *Gesetzeskraft. Der mystische Grund der Autorität*, Frankfurt/M.
- Dryzek, John S. (1996): „Political Inclusion and the Dynamics of Democratization“, in: *American Political Science Review* 90, 475-487.
- Elster, Jon (1987), *Subversion der Rationalität*, Frankfurt/M.
- Fraser, Nancy (1995): „Recognition or Redistribution? A Critical Reading of Iris Young’s *Justice and the Politics of Difference*“, in: *Journal of Political Philosophy*, vol. 3, no. 2, 166-180.
- Fraser, Nancy (1997): „A Rejoinder to Iris Young“, in: *New Left Review* 223, 126-129.
- Fuchs, Peter (1992a): *Die Erreichbarkeit der Gesellschaft. Zur Konstruktion und Imagination gesellschaftlicher Einheit*, Frankfurt/M.
- Hobsbawm, Eric (1996): „Identity Politics and the Left“, in: *New Left Review* 217, 38-47.
- Holmes, Stephen (1996): *The Anatomy of Antiliberalism*, Cambridge Mass./London.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London/New York.
- Laclau, Ernesto (1997): „Inklusion, Exklusion und die Logik der Äquivalenz (Über das Funktionieren ideologischer Schließungen)“, in: Peter Weibel/Slavoj Žizek (Hg.), *Inklusion : Exklusion. Probleme des Postkolonialismus und der globalen Migration*, Wien, 45-74.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien.

- Luhmann, Niklas (1991): „Der Gleichheitssatz als Form und als Norm“, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 77, 435-445.
- Luhmann, Niklas (1993): „Ethik als Reflexionstheorie der Moral“, in: ders., *Gesellschaftsstruktur und Semantik Bd.3*, Frankfurt/M., 358-447.
- Luhmann, Niklas (1995): „Metamorphosen des Staates“, in: ders., *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft Bd. 4*, Frankfurt/M., 101-137.
- Lukes, Steven (1998): „Solidarität und Bürgerrecht“, in: Kurt Bayertz (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt/M., 389-398.
- Marchart, Oliver (1998): „Gibt es eine Politik des Politischen? *Démocratie à venir* betrachtet von Clausewitz aus dem Kopfstand“, in: Judith Butler et al., *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus* (hg. v. Oliver Marchart), Wien, 91-119.
- Mouffe, Chantal (1992a): „Preface: Democratic Politics Today“, in: dies. (Hg.), *Dimensions of Radical Democracy*, London/New York, 1-14.
- Mouffe, Chantal (1992b): „Democratic Citizenship and the Political Community“, in: dies., *Dimensions of Radical Democracy*, 225-239.
- Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*, London/New York.
- Rancière, Jacques (1997a): „Gibt es eine politische Philosophie?“, in: Alain Badiou et al., *Politik der Wahrheit* (hg. von Rado Riha), Wien, 64-93.
- Rancière, Jacques (1997b): „Demokratie und Postdemokratie“, in: Badiou et al., *Politik der Wahrheit*, 94-122.
- Salecl, Renata (1996): „See No Evil, Speak No Evil: Hate Speech and Human Rights“, in: Joan Copjec (Hg.), *Radical Evil*, London/New York, 150-168.
- Somek, Alexander/Forgó, Nikolaus (1996): *Nachpositivistisches Rechtsdenken. Inhalt und Form des positiven Rechts*, Wien.
- Stäheli, Urs (1996): „Der Code als leerer Signifikant? Diskurstheoretische Beobachtungen“, in: *Soziale Systeme*, Jahrgang 2 Heft 2, 257-281.

- Stäheli, Urs (1998): „Politik der Entparadoxierung. Zur Artikulation von Hegemonie- und Systemtheorie“, in: Judith Butler et al., *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus* (hg. v. Oliver Marchart), Wien, 53-66.
- Teubner, Gunther (1996): „Altera Pars Audiatur: Das Recht in der Kollision anderer Universalitätsansprüche“, in: Hans-Martin Pawlowski/Gerd Roellecke (Hg.), *Der Universalitätsanspruch des demokratischen Rechtsstaates. Die Verschiedenheit der Kulturen und die Allgemeinheit des Rechts* (ARSP Beiheft 65), Stuttgart, 199-220.
- Walzer, Michael (1992): *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*, Frankfurt/M ./New York.
- Young, Iris Marion (1997): „Unruly Categories: A Critique of Nancy Fraser’s Dual Systems Theory“, in: *New Left Review* 222, 147-160.
- Zizek, Slavoj (1994): *Denn sie wissen nicht, was sie tun. Genießen als ein politischer Faktor*, Wien.
- Zizek, Slavoj (1996): *Der nie aufgehende Rest. Ein Versuch über Schelling und die damit zusammenhängenden Gegenstände*, Wien.
- Zizek, Slavoj (1997): „Das rassistische Schibboleth“, in: Weibel/ders., *Inklusion : Exklusion*, 145-169.
- Zizek, Slavoj (1998): *Ein Plädoyer für Intoleranz*, Wien.

Readers with comments should address them to:

Christian Hiebaum

Karl-Franzens-Universität Graz
Institut für Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie und Rechtsinformatik
Universitätsstraße 15, 8010 Graz

e-mail: christian.hiebaum@kfunigraz.ac.at